

KOMMUNALER FINANZREPORT
Geringste Steuerkraft in
Mecklenburg-Vorpommern

Gütersloh, 14. August 2015. Trotz schwieriger Rahmenbedingungen erwirtschafteten die Städte, Gemeinden und Kreise in Mecklenburg-Vorpommern im vergangenen Jahr erneut einen leichten Überschuss. Das geht aus dem Kommunalen Finanzreport der Bertelsmann Stiftung hervor. Sechs Millionen Euro Plus standen am Ende des Haushaltsjahres 2014 zu Buche. Das sind 4 Euro pro Einwohner.

Mecklenburg-Vorpommern zählt damit zu den sieben Bundesländern, in denen der Saldo ihrer Kommunalhaushalte positiv war. Die übrigen sechs Flächenländer verzeichneten ein Defizit. Den größten Überschuss verbuchten die bayerischen Kommunen mit 127 Euro pro Einwohner. Das größte Pro-Kopf-Defizit vermeldeten die Kommunen im Saarland mit 319 Euro. Nur ein Mal seit 2007 schlossen die Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern insgesamt das Haushaltsjahr mit einem Minus ab. Das war 2012.

Von allgemeiner finanzieller Gesundheit kann in Mecklenburg-Vorpommern trotzdem keine Rede sein. Denn die Kassenkredite steigen in den großen Städten weiter und die Steuereinnahmen bleiben gering.

Mit insgesamt 730 Millionen Euro an Kassenkrediten sind die kommunalen Etats im vergangenen Jahr belastet gewesen. Das sind – trotz des leichten Überschusses in 2014 – 90 Millionen Euro mehr als im Vorjahr. Kassenkredite gelten als Krisenindikator. Ihnen stehen keinerlei Werte oder Investitionen gegenüber. Sie sind – vergleichbar mit Dispo-Krediten – eine der letzten Möglichkeiten für notleidende Kommunen, kurzfristig ihre Zahlungsfähigkeit zu sichern.

Jeder Einwohner in Mecklenburg-Vorpommern ist derzeit mit umgerechnet 458 Euro aus Kassenkrediten verschuldet. Das ist zwar nicht annähernd so hoch wie in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und im Saarland, wo dieser Wert zwischen 1.500 und 2.000 Euro je Einwohner liegt. In Bayern, Sachsen und Baden-Württemberg hingegen sind Kassenkredite nahezu unbekannt.

Ein Drittel dieser Kassenkredite entfällt auf die Städte Rostock und Schwerin mit 1.374 und 778 Euro je Einwohner. Während die Stadt Rostock jedoch seit 2008 trotz Wirtschaftskrise die Kassenkredite reduzieren konnte (von 975 Euro), stiegen sie in Schwerin um die Hälfte (von 889 Euro). In den Kreisen Vorpommern-Rügen, Nordwestmecklenburg, Rostock und Ludwigslust-Parchim hingegen sind die Kassenkredite mit rund 100 Euro je Einwohner überschaubar.

Mit der Kredithöhe steigen die Zinsrisiken. Weil Kassenkredite kurze Laufzeiten haben, würden sich etwaige Zinsanstiege schnell in den Haushalten niederschlagen. „In einigen Orten verschärfen sich bestehende Haushaltskrisen – trotz insgesamt guter Konjunktur“, sagte René Geißler, Finanzexperte der Bertelsmann Stiftung.

Zwei wichtige Ursachen für Defizite und Verschuldung sind die Steuerkraft und die Hartz-IV-Wohnkosten. Letztere sind direkt abhängig vom Ausmaß der Langzeitarbeitslosigkeit und gelten als klassische kommunale Sozialleistung. Kaum eine notleidende Kommune schafft es, diese Faktoren mittelfristig wesentlich zu verbessern. Um das zu belegen, analysierte die Bertelsmann Stiftung erstmals ihre zeitliche und regionale Entwicklung. Für die Untersuchung wurden die bundesweit 398 Kreise und kreisfreien Städte entsprechend ihrer Hartz-IV-Ausgaben und Steuereinnahmen in vier Gruppen eingeteilt.

An Hartz-IV-Ausgaben pro Einwohner zahlt Mecklenburg-Vorpommern gemeinsam mit Sachsen-Anhalt mehr als alle anderen Bundesländer. Dass die Ausgaben im Vergleich zu 2008 gesunken sind, liegt vor allem am Renteneintritt vieler Langzeitarbeitsloser. Sieben der acht Kreise und kreisfreien Städte Mecklenburg-Vorpommerns gehören nach wie vor zum Viertel der Kommunen mit den bundesweit höchsten Hartz-IV-Ausgaben.

In Sachen Steuerkraft sind die Kommunen Mecklenburg-Vorpommerns seit jeher Schlusslicht in Deutschland. Sie erreichen nicht einmal 60 Prozent des Bundesdurchschnittes. Alle acht Kreise und kreisfreien Städte verharren im untersten Viertel der bundesdeutschen Kommunen. „Es ist nicht absehbar, dass die Kommunen aufschließen können“, sagte Geißler.

Der Kommunale Finanzreport beobachtet bundesweit ein Auseinanderdriften starker und schwacher Regionen. Nahezu jede zehnte Kommune zählt seit 2008 bundesweit durchgängig sowohl mit ihren Hartz-IV-Ausgaben als auch mit ihrer Steuerkraft zum jeweils untersten Viertel aller Kommunen. In Mecklenburg-Vorpommern trifft diese ungünstige Kombination alle acht Kreise und kreisfreien Städte. Es gelingt nicht, die hohe Ausgabenbelastung ab- und die Steuerkraft aufzubauen.

In der Vergangenheit wurden diese Strukturprobleme durch den Solidarpakt überdeckt, der jedoch bis 2020 ausläuft. „Wenn nicht ganze Regionen abgehängt werden sollen, müssen Bund, Länder und Kommunen gemeinsam einen Aufholprozess ermöglichen“, sagte Geißler. Spürbare Entlastung brächte eine Übernahme der Hartz-IV-Wohnkosten durch den Bund. Zusätzlich müsse die Wirtschaftskraft im Länderfinanzausgleich stärker berücksichtigt werden.

Zusatzinformationen

Der Kommunale Finanzreport der Bertelsmann Stiftung erscheint alle zwei Jahre. Er analysiert die Finanzentwicklung aller 398 kreisfreien Städte und Landkreise in Deutschland und basiert auf den jeweils aktuellsten amtlichen Finanzstatistiken (Kassenstatistiken 2013 und 2014, Schuldenstatistik, Realsteuerstatistik, Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende). Der Kommunale Finanzreport wird erarbeitet in Kooperation mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung e. V. und Experten aus der Praxis.

Unser Experte: Dr. René Geißler, Telefon: 0 52 41/81 81 467
E-Mail: rene.geissler@bertelsmann-stiftung.de

Weitere Informationen finden Sie unter www.bertelsmann-stiftung.de